

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp.
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Humorist. Blätter) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 140.

34. Jahrgang.

Sonnabend, den 26. November

1887.

Infolge Anzeigen vom 27. October und 12. November dieses Jahres ist heute auf Fol. 171 des Handelsregisters für den Landbezirk des Amtsgerichts Eibenstock, die Firma **Gedr. Günthel** in Schönheide betr., die Auflösung der offenen Handelsgesellschaft und das Ausscheiden des Finselmachers **Craut Robert Günthel** verlaublich worden.

Eibenstock, am 19. November 1887.

Das Königliche Amtsgericht daselbst.

Verst.

F.

Mittwoch, d. 30. November 1887, Mittags 12 Uhr
sollen in dem Grundstücke No. 11 in Unterfüngengrün 1 Sopha, 1 Regu-

lator, 2 Spiegel, 1 Kleiderschrank, 3 Spieltische, 1 Brücken- u. 1 Tafel-
waage u. s. w. öffentlich gegen Baarzahlung versteigert werden.

Eibenstock, am 15. November 1887.

Schönherr, Gerichtsvollzieher.

Montag, den 28. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr

sollen im hiesigen Wochlocale 1 Sopha und eine Vogelsteige gegen Baar-
zahlung öffentlich versteigert werden.

Eibenstock, am 25. Novbr. 1887.

Glaeser, Vollstreckungsbeamter.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Reichstag ist am Donnerstag zusammengetreten. Die Eröffnung desselben fällt in eine ungewöhnlich erregte Zeit. Die Nation steht unter dem Druck eines tragischen Ereignisses, welches alle Gemüther auf das Tiefste ergreift. Mit dieser Sorge der deutschen Nation um den Kronprinzen trifft die französische Krisis zusammen. Die Verhältnisse in dem Nachbarreiche sind so verworren, die Volksteilnehmern haben eine solche Macht gewonnen, daß Niemand für den nächsten Tag einzustehen vermöchte. Das Land ist thatsächlich der Anarchie verfallen. Gerichte und Polizei, Polizei und Staatsanwalt, Polizei und Ministerium, Kammer und Präsident der Republik — Alles liegt in offenem Kampfe. Das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Rechtspflege ist geschwunden, das Ansehen aller Autoritäten ist erschüttert. Gerade angesichts der Verhältnisse, welche heute ohnehin das Volk beunruhigen, wäre es die erste Pflicht aller Parteien, wenn jetzt die parlamentarische Arbeit beginnt, vorerst schlechthin alles zu vermeiden, was im Innern Hader und Gegensatz hervorrufen könnte. Die Gegenwart ist so bitter ernst, daß man nur hervorheben sollte, was eint, nicht was trennt. Die Nation ist einig in ihrem Schmerze und in ihrer Sorge; ist es schon nicht möglich, dauernd die Streitart zu begraben, so sollte doch jeder Gegenstand des Parteikampfes bis auf ruhigere Zeiten hinausgeschoben werden.

— Dem Reichstage soll eine Erweiterung des Sozialistengesetzes vorgeschlagen werden, dahingehend, die Ausweisung verurtheilter Sozialisten und Anarchisten aus Deutschland zu ermöglichen. Auch wird eine Abänderung des Landsturmgesetzes in Erwägung gezogen, wonach den Commandeuren der Armee für den Bereich ihrer Corpsbezirke die Befugniß zur Einberufung des Landsturmes vorgelegt werden soll.

— Ueber die Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem Kaiser von Rußland bringt die „Köln. Ztg.“ folgende bemerkenswerthe Enthüllung: Die einstündige Unterredung, welche Fürst Bismarck mit dem Kaiser von Rußland gehabt hat, steht noch immer im Mittelpunkt der politischen Unterhaltung. Es ist selbstverständlich, daß dieselbe zu keinerlei Abmachungen oder gar Bündnisabschlüssen geführt hat. Immerhin hat sie in einem wesentlichen Punkte zu einer sehr erwünschten Aufklärung geführt. Wie uns von unbedingt zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, ist im Laufe dieser Unterredung festgestellt worden, daß dem Czaren eine ganze Reihe von Briefen und Depeschen über die Haltung des Fürsten Bismarck in der bulgarischen Frage vorgelegt worden sind, die von Anfang bis zu Ende gefälscht waren und, die von Anfang bis zu Ende gefälscht waren und, wenn sie echt gewesen wären, in der That dem Czaren allen Grund gegeben haben würden, erzürnt zu sein, der Politik des Fürsten Bismarck zu misstrauen und ihn gegen dieselbe zu verhegen. Die ursprüngliche Quelle dieser Fälschungen ist alsbald ermittelt worden: es genügt vorläufig mitzutheilen, daß sie orleanistischen Ursprungs ist, und daß sie vielleicht noch der Staatsanwaltschaft Anlass zum Einschreiten bieten wird. Dem Fürsten Bismarck ist es rasch gelungen, den Czaren davon zu überzeugen, daß er in dieser Hinsicht ein Opfer der schlimmsten jesuitischen Kniffe geworden sei, und hätte die Unterredung auch nur diesen Erfolg allein aufzuweisen und diese großartige Intrigue

einer europäischen Kriegspartei zu entlarven, so würde sie schon in nicht unwesentlichem Maße zur Erhaltung des europäischen Friedens beigetragen haben. Im Laufe der Zusammenkunft hat sich aber auch noch ferner herausgestellt, daß ein kleiner aber einflußreicher Theil der hiesigen Hofreise dazu mitgewirkt hat, bei dem Czaren den falschen Glauben zu erwecken, als wenn der Reichskanzler in seiner auswärtigen Politik nicht in vollem Einklange mit Kaiser Wilhelm stehe, sondern von diesem nicht selten nur widerwillig die Genehmigung seiner Vorschläge und seiner Politik erhalten könne. Auch in dieser Hinsicht hat der Czar bei der jetzigen Zusammenkunft leicht eines besseren und richtigeren belehrt werden können. Im übrigen wird von allen Seiten bestätigt, daß der Charakter der Unterredung ein gefälliger und nahezu freundschaftlicher gewesen ist. Die einzelnen Besprechungspunkte sind zur Sprache gekommen und zum Theil aufgeklärt oder richtig gestellt worden. Ob die Unterredung auch weitere praktische Folgen für das fernere gegenseitige Verhalten der beiden benachbarten Reichsmächte zeitigen wird, kann freilich erst die Zukunft lehren und wird zunächst der Ton der russischen Zeitungen äußerlich verrathen. — Hierzu bemerkt das „Deutsche Tgl.“: Wir enthalten uns vorläufig jeden Kommentars zu dieser bemerkenswerthen Offenbarung, glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir schon jetzt den „kleinen aber einflußreichen Theil der hiesigen Hofreise, welcher dazu mitgewirkt hat, den Kaiser von Rußland in falscher Richtung zu informiren,“ als den intimsten Schuttpreis des Herrn Windthorst bezeichnen. Sollten wir uns geirrt haben, so wollen wir dies gern bekant geben.

— Frankreich. Die Entschließung Grevys, zurückzutreten, ist nunmehr erfolgt. Jules Grevy hat Alles versucht, die Leitung der Republik in den Händen zu behalten, da er wohl voraussieht, welchen Wirkungen sein Vaterland entgegengeht. Dem radikalen Deputirten Maret gegenüber erklärte er: er könne die schwere Verantwortung für die inneren und äußeren Verwickelungen, in denen die Republik unterzugehen drohe, nicht auf sich nehmen. Nun dürfte sich die Kabinettsbildung leichter vollziehen, denn das neue Ministerium hat nur die Aufgabe, den Kongreß zusammenzubringen, der die Wahl eines neuen Präsidenten der Republik vorzunehmen hätte. — Die Pariser Radikalen gefaßt sich in der Nachhaffung ihrer Vorbilder vom Jahre 1791. So haben sie die Bildung eines „Wohlfahrts-Ausschusses“ beschlossen.

Sächsische Nachrichten.

— Dresden. Am Vormittag des gestrigen Tages unternahm ein Untersuchungs-Gefangener beim 1. Landgericht gelegentlich seiner Vorführung zu dem Vorsitzenden des erkennenden Gerichtshofes einen Versuch, zu entfliehen, er wurde aber in dem Wartesaal des Amtsgerichts für Strafsachen bald wieder ergriffen. Der Flüchtling sitzt wegen Betrugs schon seit Monaten nebst mehreren Genossen und ist das Hauptmitglied einer sogenannten „Schwarzen Bande“, die in nächster Zeit abgeurtheilt wird.

— Leipzig. Der Zusammenbruch der hiesigen Diskontogesellschaft hat am Mittwoch Abend ein betrübendes Opfer in hiesiger Stadt gefordert. Die Ehefrau des hiesigen Banquiers Sandbank, zu dessen Vermögen in Folge des Krachs der Leipziger Diskontogesellschaft der Konturs eröffnet war und welcher vor einigen Tagen wegen Wechselfälschung

gefanglich eingezogen wurde, hat zur gedachten Zeit durch Erhängen ihrem Leben ein Ende gemacht.

— Die „Leipziger Zeitung“ hatte während der Reichstagswahlbewegung die Notiz gebracht, daß ein an der Universität bestehender jüdischer Verein sich für diese Wahl den Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt habe. Da nun an der Universität nur ein jüdischer Verein namens „Humanitas“ besteht, dieser aber sich in keiner Weise an der Reichstagswahl betheiligt hatte, strengte er Klage an. In der vor einigen Tagen vor dem Leipziger Schöffengericht stattgefundenen Verhandlung war es nicht möglich, nachzuweisen, daß jener jüdische Verein sich als solcher an der Reichstagswahl in dem behaupteten Sinne betheiligt habe; aber es stellte sich heraus, daß ein jüdischer Student offen erklärt hatte, von den Sozialdemokraten engagirt zu sein, und daß ein anderer jüdischer Student bei dem Universitätsgerichte den Antrag gestellt hatte, es möge ihm gestatten, einen Anschlag anzuhängen, in welchem die Studirenden zur Unterstützung der deutsch-freimüthigen Kandidaturen aufgefordert werden sollten. Der Rechtsbeistand der Kläger suchte die Absicht der Beleidigung aus dem Umstande herzuleiten, daß die „Leipz. Ztg.“ hervorragend antisemitisch sei. Wer die betreffende Zeitung nur einigermaßen kennt, weiß nun aber genau, daß sie nur in dem Sinne antisemitisch ist, in dem jeder christlich-deutschdenkende Mann Antisemit genannt werden muß. Der Vorsitzende sprach denn auch in den Urtheilsgründen aus, daß eine solche Herleitung der Beleidigungsabsicht durchaus unberechtigt sei, die Judenfrage sei vorhanden und eine Diskussion derselben müsse denn noch wohl gestattet werden. Wie man vernimmt, wollen die Kläger wegen der Begründung des Urtheils, welches für die „Leipz. Ztg.“ eine geringe Geldstrafe, für den Gewährsmann derselben, einen Studenten, eine etwas höhere Geldstrafe festsetzte, den Berufungsweg einschlagen.

— Aus Chemnitz erfährt man, daß dort der Zinsfuß der Sparkasseneinlagen vom 1. Januar 1888 an von 3 Prozent auf 2 $\frac{1}{2}$ herabgesetzt wird.

— Zwickau. In unserer Umgegend scheint das Sektenwesen sich wieder mehr als vorher regen zu wollen. In den benachbarten Pfarochien Bielau und Friedrichsgrün haben gegen 50 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche angezeigt und fürchtet man, daß noch weitere Austritte folgen werden.

— In Wittweida hatten in letzter Zeit im Stadtverordneten-Collegium die Sozialdemokraten die Stimmenmehrheit. Durch die am Montag erfolgte Ergänzungswahl zum Stadtverordneten-Collegium hat sich das geändert und ist die Stimmenmehrheit wieder für die Ordnungsparteien zurückgewonnen worden.

— In Diethensdorf bei Burgstädt ist ein Brandstifter entdeckt worden. Der 17jährige Sohn des Zimmermanns Stein daselbst, welcher in einer Fabrik in Schweizerthal im Contor beschäftigt ist, hatte zu einem kleinen Knaben geäußert, die Weib-nachten brenne es in Diethensdorf noch vier Mal. Der Knabe sagte dieses dem Spinnmeister, welcher sofort zum Gendarmen nach Burgstädt schickte, welcher dann den Stein verhaftete. Derselbe hat eingestanden, daß er in Gemeinschaft mit seinem Vater schon 5 Jahre lang die ganzen Feuer in der Umgegend angelegt habe. Beide werden einer schweren Strafe entgegengehen. — Es ging uns noch folgende Mittheilung zu: Der wegen Brandstiftungsverdachts eingezogene Zimmermann S. in Diethensdorf hat bei